VERLAG ÖSTERREICH

Berücksichtigung im Bundesstaat

Kennt die österreichische Verfassung eine Interessenberücksichtigung zwischen Bund und Ländern?

Kritische Reflexion der höchstgerichtlichen Rechtsprechung

In seiner gefestigten Kompetenz-Judikatur ermächtigt und verpflichtet der Verfassungsgerichtshof Bund und Länder zu wechselseitiger Berücksichtigung im Rahmen ihrer Kompetenzausübung. Dabei entbehrt die Verfassung der ausdrücklichen Verankerung solcher Instrumente. Dies verlangt nach einer kritischen Reflexion der höchstgerichtlichen Rechtsprechung. In diesem Sinne wird die dargelegte Judikatur anhand der österreichischen Verfassungsordnung untersucht und der Frage nachgegangen, inwieweit das geltende Verfassungsrecht tatsächlich ein Berücksichtigungsprinzip höchstgerichtlicher Prägung vorsieht. Soweit sich ein solches nicht im Interpretationsweg aus der Verfassung erschließen lässt, erweist sich die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes als unzulässige - weil dem Verfassungsgesetzgeber vorbehaltene - Rechtsfortbildung.

Weiser (Autor)
Berücksichtigung im Bundesstaat
Kennt die österreichische Verfassung eine Interessenberücksichtigung zwischen Bund und Ländern?

Monografie
221 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-7046-7697-9 (Print)
ISBN 978-3-7046-7825-6 (eBook)
Erscheinungsdatum: 7. August 2017

65,00 € (Print)
58,50 € (eBook)

Preise inkl gesetzlicher MwSt

verlagoesterreich.at
Kundenservice: T: +43-1-610 77-123
kundenservice@verlagoesterreich.at